

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5612

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5612



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Argumentarium

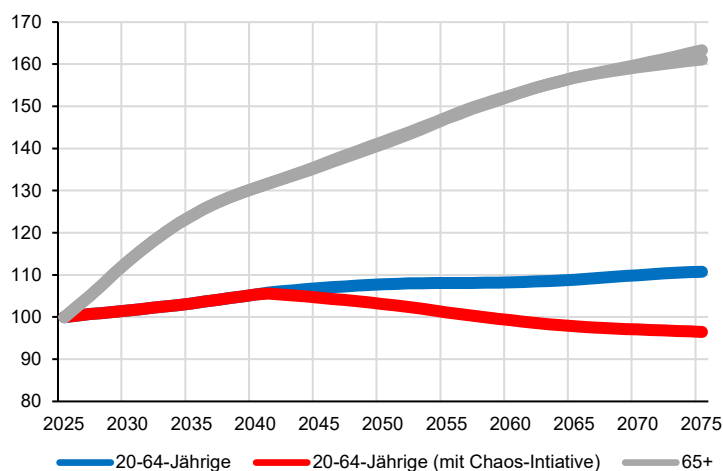
Chaos-Initiative der SVP: Weniger Lohn und Rente, weniger Jobs – höhere Krankenkassenprämien und Abgaben

Die SVP-Initiative kommt auf den ersten Blick harmlos daher. In Tat und Wahrheit verursacht sie riesige wirtschaftliche Probleme. Die Löhne kommen unter Druck. Es gibt Verluste bei den Altersrenten und weniger Stellen. Die Krankenkassenprämien, die Steuern und die Abgaben werden steigen. Im Spital werden wir viel schlechter behandelt und gepflegt. Für die Arbeitnehmenden und die Pensionierten bringt die Initiative Chaos, höhere Kosten und mehr Risiken.

Warum dieses Chaos? Es gibt zwei Gründe:

- Die Initiative führt zur Kündigung der Bilateralen Verträge mit der EU. Ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die USA von uns abwenden und in der China mit Billigprodukten und Subventionen unsere Wirtschaft angreift. Studien zeigen¹: Der Wegfall der Bilateralen kostet uns Einkommen und Arbeitsplätze. Die Inflation wird steigen. Dasselbe zeigte sich übrigens auch nach dem Brexit. Der Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen kommt unter Druck. Obwohl die Schweiz wegen ihrem Lohnniveau einen besonders guten Schutz braucht. Es droht ein Rückfall in die schlimme Zeit des Saisonierstatuts mit tiefen Löhnen und prekären Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen.
- In den nächsten Jahren gehen nochmals viele Arbeitnehmende in Pension. Ausgerechnet in dieser Zeit will die SVP mit ihrer radikalen Initiative die Wohnbevölkerung beschränken. Das hat bisher nur das diktatorische China versucht. Wegen der Bevölkerungsobergrenze dürfen die Firmen einen Teil der Stellen nicht mehr mit Berufstätigen aus dem Ausland besetzen. Es wird viel weniger jüngere Berufstätige in der Schweiz geben. Die Schweizer Wirtschaft wird schrumpfen – oder teilweise gar nicht mehr funktionieren. Wer hier wohnt, muss hingegen mehr Steuern und Abgaben zahlen.

Bevölkerung im Alter 65+ sowie 20-64 mit und ohne 10-Mio.-Grenze



¹ Studien von Ecoplan und BAKBasel: BIP pro Kopf um 1.7 bis 4.7 Prozent tiefer; Auswirkungen auf die Reallöhne in derselben Grössenordnung. Inflation um 0.3 Prozent pro Jahr höher. Kapitalrendite um über 5 Prozent tiefer.

Die extreme Initiative gefährdet Jobs und Wohlstand

In der Schweiz steigt die Zahl der Pensionierten. In dieser Zeit die Bevölkerung mit einer fixen Obergrenze zu beschränken, ist wirtschaftlich fatal. Ohne Einwanderung fehlen die Arbeitskräfte. Es wird weniger investiert werden. Firmen werden ins Ausland abwandern. Rezessionen und Baukrisen sind die Folge. Für die Arbeitsplätze in der Schweiz ist das übel. Wenn es wirtschaftlich abwärts geht, gehen viele Stellen verloren.

Zusätzlich fallen die Bilateralen Verträge weg. Kurzfristig wird ihre Weiterentwicklung blockiert, mittelfristig droht der vollständige Ausstieg. Rund 50 Prozent der Schweizer Exporte gehen in die EU. Ein Bruch mit dem grössten Handelspartner schadet der Wirtschaft. In unsicheren Zeiten, in der die USA und China ihre eigenen Ziele verfolgen, gilt das erst recht. Die Investitionskrise und die Standortverlagerungen werden sich nochmals verstärken. Entlassungen sind die Folge. Die Beschäftigung geht zurück.

Die extreme Initiative bedroht unsere Löhne

Wirtschaftliche Probleme, Verlagerungen von Firmen und Krisen sind Gift für die Löhne. Wenn die Initiative durchkommt, geht es mit den Löhnen und den Einkommen bergab. Wenn die Bilateralen fallen, die USA sich abschottet und China die Welt mit Dumpingprodukten stresst, ist das für die Schweiz besonders schwierig. Die Schweiz hat einen kleinen Heimmarkt. Sie ist darauf angewiesen, dass sie ihre Produkte auf der ganzen Welt verkaufen kann. Was oft vergessen geht: Auch die Löhne des Bäckers und der Lehrerin hängen vom wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz ab. Ohne die funktionierende Exportwirtschaft fehlt das Geld.

Wenn die Bilateralen gekündigt werden, geraten auch die Flankierenden Massnahmen unter Druck. Der Lohnschutz bricht weg. Das ist schon lange der Plan der SVP.² Die Schweiz hat die höchsten Löhne in Europa. Wenn es keine Lohnkontrollen und keine Bussen für Dumpingfirmen mehr gibt, ist dem Lohndruck Tür und Tor geöffnet. Migrantinnen und Migranten würden wieder, wie zu Zeiten des Saisonnierstatus, ausgebeutet, mit unsicheren Arbeitsbedingungen und ohne ausreichende soziale Rechte. Zahlreiche Arbeitgeber nutzten dies aus. Sie zahlten tiefere Löhne, zwangen die Betroffenen zu Schwarzarbeit und stellten ihnen nicht selten unmenschliche Unterkünfte zur Verfügung. Das schadete auch den einheimischen Arbeitnehmenden. Wenn man Arbeitnehmende ohne Schweizer Pass schlechter behandeln kann, leiden letztlich alle.

Dank dem Lohnschutz werden Jahr für Jahr über 100'000 Löhne kontrolliert. Im Missbrauchsfall erhalten die Arbeitgeber eine Busse. Dank den Flankierenden Massnahmen erhielten Tausende Arbeitnehmende mehr Lohn. Ein grosser Fortschritt war auch, dass neue Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen entstanden sind, u.a. in der Reinigung und im Personalverleih. Damit sind viele Berufstätige in Dienstleistungsberufen gegen Dumping geschützt. Ohne Lohnschutz wären diese Fortschritte in Frage gestellt.

Die extreme Initiative gefährdet unsere Renten

Wenn es wirtschaftlich schlechter geht, schadet das auch den Altersrenten. Bei den Pensionskassenrenten drohen Ausfälle von 1500 bis 3000 Franken pro Jahr. Warum? Weil die Bilateralen wegfallen und die Alterung der Bevölkerung schneller voranschreitet, werden die Pensionskassen weniger Rendite erwirtschaften. Eine Kasse, die mehr Pensionierte hat, kann weniger Anlagerisiken eingehen. Gleichzeitig erhöht wirtschaftliche Abschottung die Lebenshaltungskosten. Erfahrungen aus Grossbritannien zeigen: Höhere Preise entwerten die Renten real.

Wer in die Schweiz einwandert, ist in der Regel jung und kommt in erster Linie, um hier zu arbeiten. Die Beiträge der jungen Berufstätigen stabilisieren heute die AHV. Fallen diese Beiträge weg, fehlen der AHV Milliarden. Bei einer Begrenzung der Wohnbevölkerung haben wir rund zehn Prozent

² Das Parteiprogramm 2023-2027 fordert explizit die «Abschaffung der Flankierenden Massnahmen».

weniger Beitragszahlende. Die Folge sind massive Finanzierungslücken in Milliardenhöhe bei der AHV. Der Druck auf die Renten und auf das Rentenalter steigt. Die AHV-Beiträge müssen erhöht werden.

Die extreme Initiative gefährdet die funktionierende Schweiz

Der Brexit zeigt, was passiert, wenn die Personenfreizügigkeit wegfällt. Spitäler rekrutieren kurzfristig aus weit entfernten Ländern, das Personal wechselt häufiger, die Qualität sinkt. In der Schweiz wäre das leider nicht anders: Rund die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte sowie über ein Drittel der diplomierten Pflegefachpersonen kommen aus dem Ausland. Wenn die nicht mehr kommen, würde das Gesundheitswesen zusammenbrechen. Wegen der gesellschaftlichen Alterung brauchen wir künftig ein noch leistungsfähigeres Gesundheitswesen. Die Chaos-Initiative will aber die Rekrutierung von Personal im Ausland massiv einschränken. Das heisst konkret: Ärzt:innen und Pflegepersonal werden uns schmerzhaft fehlen. Zurück zum Brexit: In England hat sich die Situation dadurch klar verschlimmert. Es sterben mehr Leute in den Spitälern, weil es weniger und weniger qualifiziertes Personal gibt. Das zeigen Studien leider sehr deutlich.³

Die extreme Initiative führt zu noch höheren Krankenkassenprämien

Die Berufstätigen zahlen pro Jahr 2000 bis 3000 Franken mehr in die Krankenkassen ein, als sie Leistungen beziehen⁴. Davon profitieren vor allem die älteren Menschen in der Schweiz, die höhere Gesundheitskosten haben. Die SVP-Initiative führt dazu, dass die Zahl der Berufstätigen und die Einwanderung sinkt. Damit fehlen nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch gute Prämienzahler:innen, die ihre Prämien zahlen, aber weniger zum Arzt gehen. Das musste auch SVP-Nationalrat Aeschi lernen. Er polemisierte, dass die Einwanderung die Krankenkassen belastet. Der Bundesrat gab ihm die Antwort: Ausländer:innen zahlen 1000 Franken mehr als sie kosten. Ohne Einwanderung fehlt in der Krankenversicherung viel Geld. Die Prämien werden steigen – um rund 250 Franken pro Jahr. Obwohl die Prämienlast bereits heute für viele nicht oder kaum mehr tragbar ist.

Die extreme Initiative führt zu prekären Aufenthaltsrechten und mehr Schwarzarbeit

Die SVP schlägt vor, die Einwanderung über Kontingente zu regulieren. Dumm nur: Die Schweiz hat das vor der Personenfreizügigkeit über Jahrzehnte versucht. Funktioniert hat es aber nicht. Die Einwanderungszahlen waren bei guter Konjunktur höher, in Rezessionen hingegen tiefer. Wie heute. Im Unterschied zu heute war die Lage der Betroffenen aber viel schlimmer. Viele hatten Angst, die Aufenthaltsbewilligung und die Stelle zu verlieren. Sie hatten tiefere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Das war auch negativ für die Schweizer:innen. Wenn ein Arbeitgeber schlechte Löhne zahlen kann, kommen letztlich alle Löhne unter Druck. Das Kontingentssystem führte auch zu viel mehr Schwarzarbeit, weil die Arbeitgeber Personal ohne Bewilligung anstellten. Besonders krass war, dass Familien ihre Kinder vor den Behörden verstecken mussten, weil sie sonst getrennt worden wären.

Die extreme Initiative argumentiert mit einem grossen Irrtum

Die SVP behauptet, dass die Personenfreizügigkeit zu einer höheren Einwanderung führt. Das ist falsch. Die Migration ist auf der ganzen Welt gestiegen – egal ob ein Land Personenfreizügigkeit hat oder nicht. Der Grund ist einfach: Durch die Internationalisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft ist das Arbeiten im Ausland selbstverständlicher geworden. Dazu kommt das Internet. Vor dem Jahr 2000 musste ein Arbeitgeber in einer ausländischen Zeitung inserieren, um Stellensuchende ausserhalb der Schweiz anzusprechen. Die Firmen haben das nur selten gemacht. Heute ist das mit den Job-Portalen im Internet ganz anders. Offene Stellen in der Schweiz sind fast weltweit sichtbar. Es ist möglich, sich auf Stellen in der ganzen Welt zu bewerben.

³ <https://docs.iza.org/dp17797.pdf>

⁴ https://www.ecoplan.ch/download/ipv_sb_de_2020.pdf (S. 116).

Die extreme Initiative macht die Schweiz unattraktiv für gut Ausgebildete

Die Personenfreizügigkeit hat die Aufenthaltsbedingungen der Arbeitnehmenden ohne Schweizer Pass verbessert. Das ist ein Vorteil für die Schweiz. Gut ausgebildete Arbeitskräfte kommen nicht gerne, wenn sie sich um ihren Arbeitsplatz Sorgen machen müssen und die Familie nicht mitnehmen können. Die Personenfreizügigkeit ist diesbezüglich ein Vorteil. Familiennachzug und menschenwürdige Aufenthaltsrechte gehören dazu. Die Schweiz hat davon profitiert. Sie ist für Fachleute und Expert:innen attraktiv. Auch der Lohnschutz hat einen wichtigen Beitrag geleistet. Dank ihm können die Schweizer Arbeitgeber keine «billigen» ausländischen Arbeitskräfte auf Kosten der Qualifizierten im Inland rekrutieren. Im Unterschied zum früheren Kontingentssystem, wo das leider häufiger der Fall gewesen ist.